

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Petitionsausschuss*

VORLÄUFIG  
**2005/2243(INI)**

18.1.2006

## ENTWURF EINES BERICHTS

über den Sonderbericht des Europäischen Bürgerbeauftragten an das Europäische Parlament im Anschluss an den Entwurf einer Empfehlung an den Rat der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Beschwerde 2395/2003/GG betreffend den Öffentlichkeitsgrad von Tagungen des Rates, die er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber abhält (2005/2243(INI))

Petitionsausschuss

Berichterstatter: David Hammerstein Mintz

## INHALT

	<b>Seite</b>
ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....	3
BEGRÜNDUNG .....	8

## ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

**zu dem Sonderbericht des Europäischen Bürgerbeauftragten an das Europäische Parlament im Anschluss an den Entwurf einer Empfehlung an den Rat der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Beschwerde 2395/2003/GG betreffend den Öffentlichkeitsgrad von Tagungen des Rates, die er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber abhält  
(2005/2243(INI))**

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Sonderberichts des Europäischen Bürgerbeauftragten an das Europäische Parlament im Anschluss an den Entwurf einer Empfehlung an den Rat der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Beschwerde 2395/2003/GG<sup>1</sup>,
  - gestützt auf Artikel 1 des EU-Vertrags,
  - gestützt auf Artikel 255 des EG-Vertrags, der den Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission betrifft,
  - gestützt auf Artikel 195 und 207 des EG-Vertrags,
  - in Kenntnis der Erklärung von Laeken über die Zukunft der Europäischen Union<sup>2</sup>,
  - in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes der Tagung des Europäischen Rates am 21. und 22. Juni 2002 in Sevilla
  - in Kenntnis von Artikel 3 Absatz 7 der Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten<sup>3</sup>,
  - gestützt auf Artikel 45 und 195 Absatz 3 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Petitionsausschusses (A6-0000/2006),
- A. in der Erwägung, dass Artikel 195 des EG-Vertrags den Europäischen Bürgerbeauftragten befugt, Beschwerden von jedem Bürger der Union über Missstände bei der Tätigkeit der Organe oder Institutionen der Gemeinschaft entgegenzunehmen,
- B. in der Erwägung, dass die Beschwerdeführer in der Beschwerde 2395/2003/GG an den Europäischen Bürgerbeauftragten behaupteten, dass die Sitzungen des Rates, die er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber abhält, nicht im Einklang mit Artikel 1 Absatz 2 des EU-Vertrags stehen und nur in dem Maße öffentlich sind, wie dies in Artikel 8 und 9 der Geschäftsordnung des Rates vom 22. Juli 2002<sup>4</sup> vorgegeben ist,

---

<sup>1</sup> ABl.

<sup>2</sup> Anhang I zu den Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes des Europäischen Rates auf seiner Tagung am 14. und 15. Dezember 2001 in Laeken.

<sup>3</sup> ABl. L 92 vom 9.4.2002, S. 13

<sup>4</sup> ABl. L 230 vom 28.8.2002, S. 7

- C. in der Erwägung, dass die Beschwerdeführer die Auffassung vertraten, dass die Tagungen des Rates, die er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber abhält, öffentlich sein sollten und hierfür eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates erforderlich wäre,
- D. in der Erwägung, dass der Rat in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber im Sinne von Artikel 207 Absatz 3 zweiter Unterabsatz des EG-Vertrags tätig ist, wenn er Vorschriften erlässt, die in den oder für die Mitgliedstaaten rechtlich bindend sind in Form von Verordnungen, Richtlinien, Rahmenbeschlüssen oder Entscheidungen auf der Grundlage der einschlägigen Vertragsbestimmungen mit Ausnahme von Entscheidungsprozessen, die zum Erlass von internen Maßnahmen, Verwaltungs- oder Haushaltsakten, von Rechtsakten betreffend interinstitutionelle oder internationale Beziehungen oder nicht bindenden Akten (wie Schlussfolgerungen, Empfehlungen oder Entschlüsse) führen<sup>1</sup>,
- E. in der Erwägung, dass gemäß Artikel 1 Absatz 2 des EU-Vertrags Entscheidungen in der EU „möglichst offen und möglichst bürgernah“ getroffen werden sollten,
- F. in der Erwägung, dass Generalsekretär Solana in seiner Antwort auf den offenen Brief der Beschwerdeführer am 19. November 2003 erklärte, dass die Öffentlichkeit der legislativen Beratungen des Rates ein Anliegen sei, das breite Unterstützung finde,
- G. in der Erwägung, dass der Rat in seiner Antwort an den Bürgerbeauftragten die große Bedeutung des Grundsatzes der Offenheit, der u.a. in Artikel 1 Absatz 2 des EU-Vertrags niedergelegt ist, anerkannt hat,
- H. in der Erwägung, dass der Rat in seiner im Jahr 2000 festgelegten Geschäftsordnung Regeln eingeführt hat, die eine größere Offenheit im Hinblick auf die Tagungen erbrachten, in denen er als Gesetzgeber handelt,
- I. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten im Oktober 2004 den Vertrag über eine Verfassung für Europa unterzeichnet haben, der eine ausdrückliche Bestimmung dahingehend enthält, dass der Rat öffentlich tagen soll, wenn er über Gesetzgebungsvorschläge berät oder beschließt,
- J. in der Erwägung, dass der Rat in seiner Antwort auf konkrete Fragen des Bürgerbeauftragten keinerlei Hindernisse für die Durchführung einer Änderung seiner Geschäftsordnung, wie von den Beschwerdeführer verlangt, oder sonstige Grundsätze oder Ziele einer höheren Rangordnung erwähnt hat, die ihn dazu berechtigen würden, die Öffentlichkeit der Tagungen, in denen er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber handelt, zu verweigern, sondern damit argumentiert hat, die Festlegung seiner Geschäftsordnung sei eine politische und institutionelle Angelegenheit, über die nur der Rat selbst zu entscheiden habe,
- K. in der Erwägung, dass der Europäische Bürgerbeauftragte in seinem Jahresbericht 1997<sup>2</sup> der Auffassung war, dass ein Missstand sich ergibt, wenn eine öffentliche Einrichtung nicht im Einklang mit für sie verbindlichen Regeln oder Grundsätzen handelt,

---

<sup>1</sup> Artikel 6 des Beschlusses des Rates vom 31. Mai 1999 zur Festlegung seiner Geschäftsordnung (ABl. L 147 vom 12.6.1999, S. 13).

<sup>2</sup> [http://www.euro-ombudsman.eu.int/report97/pdf/en/rap97\\_en.pdf](http://www.euro-ombudsman.eu.int/report97/pdf/en/rap97_en.pdf)

- L. in der Erwägung, dass der Bürgerbeauftragte zu der Auffassung gelangte, dass die Tatsache, dass der Rat es ablehnt, öffentlich zu tagen, wann immer er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber tätig ist, ohne gute Gründe für diese Weigerung anzuführen, einen Missstand darstellt,
  - M. in der Erwägung, dass der Bürgerbeauftragte in seinem Entwurf einer Empfehlung an den Rat gemäß Artikel 3 Absatz 6 des Statuts des Europäischen Bürgerbeauftragten Folgendes erklärte: „Der Rat der Europäischen Union sollte seine Weigerung, öffentlich zu tagen, wann immer er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber tätig wird, überprüfen“: in der Erwägung, dass der Bürgerbeauftragte in seinem Sonderbericht diese Empfehlung an den Rat bekräftigt und vorgeschlagen hat, dass das Europäische Parlament die Annahme seiner Empfehlung als EntschlieÙung in Erwägung ziehen könnte,
  - N. in der Erwägung, dass insbesondere, wenn der Rat Akte als „A-Punkte“ erlässt, die tatsächliche Diskussion und die Gesetzgebungsarbeit vom Ausschuss der Ständigen Vertreter durchgeführt wird, und die betreffenden Akte vom Rat nur gebilligt werden,
  - O. in der Erwägung, dass der Rat auch in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber in den Sitzungen des Vermittlungsausschusses tätig ist,
  - P. in der Erwägung, dass die Rechenschaftspflicht und die öffentliche Verantwortung der Minister es erfordern, dass die Standpunkte und das Votum der Mitgliedstaaten im Rat der Öffentlichkeit bekannt sind,
  - Q. in der Erwägung, dass die beiden Zweige des Gesetzgebers der EU nach wie vor auf der Grundlage von teilweise unterschiedlichen Informationsgebilden arbeiten, d.h. dass die Dokumente im Besitz des Parlaments in der Regel öffentlich sind, wogegen der Rat häufig auf der Grundlage von klassifizierten Dokumenten und Informationen arbeitet, auch wenn er bestimmte Fragen prüft, die eine Annahme im Mitentscheidungsverfahren erfordern,
  - R. in der Erwägung, dass der britische Ratsvorsitz dem Rat zwei Alternativvorschläge unterbreitet hat, um auf die Empfehlungen des Bürgerbeauftragten zu reagieren, wobei der eine Vorschlag die Änderung der Geschäftsordnung des Rates bedingt hätte, wogegen der andere lediglich eine Verbesserung der Transparenz im Rahmen der bestehenden Vorschriften anstrebte,
  - S. in der Erwägung, dass der Rat anschließend beschlossen hat, seine Geschäftsordnung nicht zu ändern,
1. befürwortet die Empfehlung des Europäischen Bürgerbeauftragten an den Rat;
  2. hält es für unannehmbar, dass das wichtigste Gesetzgebungsorgan der EU nach wie vor hinter verschlossenen Türen zusammenkommt, wenn es als Gesetzgeber handelt;
  3. ist der Auffassung, dass in einer Zeit, wo die EU sich selbst als Förderin der Demokratisierung und der Rechenschaftspflicht sieht, der Rat den Forderungen nach mehr Transparenz seitens der Parlamente, der Zivilgesellschaft und der allgemeinen Öffentlichkeit nachgeben sollte;

4. ist der Auffassung, dass es nicht nur eine grundsätzliche Angelegenheit ist, dass Gesetzgebungsorgane öffentlich tagen sollten, sondern dass es auch von direkter Bedeutung für die Bemühungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente als Vertreter der europäischen Bürger ist, ihre Kontrollfunktion auszuüben;
5. ist der Auffassung, dass es für die nationalen Parlamente von äußerster Wichtigkeit ist, ihre Regierungen und Minister zur Verantwortung ziehen zu können; ist der Auffassung, dass dies nicht wirksam erfolgen kann, wenn unklar ist, wie die Minister im Rat gehandelt und abgestimmt haben;
6. ist der Auffassung, dass die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Debatte über den Ratifizierungsprozess des Verfassungsvertrags eindeutig veranschaulicht haben, dass die europäischen Bürger einen transparenteren europäischen Beschlussfassungsprozess möchten;
7. ist der Auffassung, dass öffentliche Tagungen die Arbeit des Rates sowohl transparenter als auch für die europäischen Bürger aussagefähiger machen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeitsweise der Europäischen Union und ihrer Vertreter verstärken würden;
8. ist der Überzeugung, dass mehr Offenheit dazu führen wird, dass die Minister der Regierungen der Mitgliedstaaten mehr kollektive Verantwortung übernehmen, und dass sie die öffentliche Diskussion über europäische Fragen fördern und intensivieren wird;
9. fordert den Rat auf, seine Geschäftsordnung noch weiter anzupassen und seine Arbeitsmethoden zu ändern, damit die Tagungen, auf denen er als Gesetzgeber handelt, offen und für die Öffentlichkeit zugänglich sein werden;
10. ist der Auffassung, dass die Tagungen des Ausschusses der Ständigen Vertreter einen wesentlichen Teil der Gesetzgebungsberatungen des Rates bilden und sie daher unter die Vorschriften der Offenheit fallen sollten; ist der Auffassung, dass der Rat seine Beschlüsse durch formale Abstimmung und nicht nur durch Billigung fassen sollte;
11. verweist darauf, dass der Rat auch in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber handelt, wenn er an Vermittlungsverfahren teilnimmt;
12. verweist darauf, dass gegenwärtig vorbereitende Dokumente für Punkte auf den Tagesordnungen der Ratstagungen für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind; unterstreicht, dass der Rat in seiner angepassten Geschäftsordnung eindeutig die Einstufung und Rangfolge solcher Dokumente benennen und sie der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte;
13. begrüßt die Schlussfolgerungen des Rates vom 22. Dezember 2005 als einen Schritt in die richtige Richtung, bedauert jedoch, dass der Rat der Empfehlung des Bürgerbeauftragten, seine Geschäftsordnung zu ändern, nicht gefolgt ist;
14. verweist darauf, dass eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates die Unterstützung von 13 der 25 Mitgliedstaaten erfordert;

15. ist der Ansicht, dass eine Einigung auf eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates nicht auf Gegenwehr stoßen sollte, da die Regierungen aller Mitgliedstaaten den Vertrag über eine Verfassung für Europa unterzeichnet haben und der Grundsatz bereits von allen Regierungen der Mitgliedstaaten politisch akzeptiert wurde;
16. unterstreicht, dass das Europäische Parlament den Vertrag über eine Verfassung für Europa und die Bemühungen um sein Inkrafttreten uneingeschränkt befürwortet; unterstreicht, dass eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates nicht als Ersatz für den gesamten Vertrag über eine Verfassung für Europa oder Teile davon gesehen werden sollte, sondern als längst überfällige Anpassung an die europäische Realität und institutionelle Gleichstellung in der Gesetzgebung in der Europäischen Union;
17. fordert den Rat auf, sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Tagungen, in denen er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber handelt, offen und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen; ersucht den Rat ferner, seine öffentlichen Tagungen auch zu übertragen, auch über das Internet, und die Termine und Tagesordnungen dieser Tagungen rechtzeitig bekannt zu geben und offizielle Niederschriften davon zu veröffentlichen;
18. schlägt dem Rat vor, ein Pilotprojekt über „transparentere Beschlussfassung“ zu initiieren, in dessen Rahmen eine oder mehrere aktuelle Gesetzgebungsmaßnahmen in einer öffentlichen und zugänglichen Tagung des Rates erörtert würden, unter besonderer Betonung auf der Erläuterung des angewandten Verfahrens und der getroffenen Entscheidungen, damit die Bürger sie besser verstehen können;
19. fordert den amtierenden Ratsvorsitz auf, das Thema der Öffnung der Tagungen des Rates für die Öffentlichkeit auf die Tagesordnung des Europäischen Rates als vorrangigen Punkt zu setzen;
20. fordert alle Interessierten auf, so viel Druck wie möglich auf den Rat auszuüben, damit er der Empfehlung des Bürgerbeauftragten folgt und seine Geschäftsordnung anpasst;
21. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

## BEGRÜNDUNG

### Einleitung

In der Oktober-Sitzung 2005 des Petitionsausschusses unterbreitete der Europäische Bürgerbeauftragte – der erstmals auf eigenen Antrag vor dem Ausschuss erschien (gemäß Artikel 195 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Parlaments) – seinen Sonderbericht über die Transparenz der Tagungen des Ministerrates, wenn er als Gesetzgeber handelt. Der Ausschuss beschloss, um Genehmigung zur Ausarbeitung eines Initiativberichts über den Sonderbericht des Bürgerbeauftragten zu ersuchen, und Herr Hammerstein Mintz wurde als Berichterstatter benannt.

In seinem Sonderbericht kam Herr Diamandouros zu der Auffassung, dass der Rat keine stichhaltigen Gründe für die Ablehnung der öffentlichen Abhaltung seiner Gesetzgebungstagungen vorgebracht hatte. Seine Empfehlung lautete wie folgt: „Der Rat der Europäischen Union sollte seine Weigerung, öffentlich zu tagen, wann immer er in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber tätig wird, überprüfen.“ Der Bürgerbeauftragte fügte hinzu, dass das Parlament die Annahme seiner Empfehlung als EntschlieÙung in Erwägung ziehen könnte.

Die Untersuchung des Bürgerbeauftragten in dieser Angelegenheit stützt sich auf eine Beschwerde von Herrn Elmar Brok, MdEP, sowie eines Vertreters der Jugendorganisation der deutschen CDU, in der sie behaupten, dass die Geschäftsordnung des Rates nicht im Einklang mit Artikel 1 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union (geändert durch den Vertrag von Amsterdam im Jahre 1997) steht, wonach der Rat und die anderen Organe und Institutionen der Gemeinschaft Beschlüsse so offen wie möglich und so bürgernah wie möglich fassen müssen.

Der Rat machte geltend, dass der Grad der Offenheit seiner Tagungen eine politische Entscheidung sei, die vom Rat zu treffen sei. Dem widersprach der Bürgerbeauftragte mit dem Argument, dass der zweite Absatz von Artikel 1 des Vertrags über die Europäische Union, der allererste Artikel der Gemeinsamen Bestimmungen über die Europäische Union, für den Rat gelte. Obwohl gemäß Artikel 207 Absatz 3 des EG-Vertrags der Rat seine eigene Geschäftsordnung festlegen kann, besagt dieser Artikel nicht, dass der Grad, bis zu welchem die Gesetzgebungstagungen des Rates der Öffentlichkeit offen stehen sollten, als politische Entscheidung betrachtet werden sollte, die in seinem Ermessen stünde. Der Rat vertrat die Auffassung, dass aus Artikel 1 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union lediglich hervorgehe, dass die künftige Union möglichst offen sein sollte.

Artikel 207 Absatz 3 besagt weiterhin, dass gemäß Artikel 255 Absatz 3 des EG-Vertrags der Rat in seiner Geschäftsordnung die Bedingungen festlegen muss, unter denen die Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten haben soll, und die Fälle bestimmen muss, in denen davon auszugehen ist, dass er als Gesetzgeber tätig wird, damit in solchen Fällen umfassenderer Zugang zu Ratsdokumenten gewährt werden kann. Der Bürgerbeauftragte macht ferner geltend, dass die Entwicklungen seit 1997 in Betracht gezogen werden sollten. Er verwies darauf, dass der Rat im Jahre 2000 eine neue Geschäftsordnung festlegte, die eine stärkere Offenheit seiner Tagungen als Gesetzgeber vorsah. Somit habe der Rat klargestellt, dass Schritte zur Verstärkung der Transparenz seiner Gesetzgebungstätigkeit unternommen



werden mussten und konnten. Die Annahme dieser neuen Geschäftsordnung habe ferner bestätigt, dass dies laut derzeit geltendem Gemeinschaftsrecht möglich war und ist.

Der Bürgerbeauftragte gelangte daher zu dem Schluss, dass es der Rat versäumt hatte, stichhaltige Gründe dafür zu unterbreiten, warum er seine Geschäftsordnung im Hinblick auf die Öffnung der einschlägigen Tagungen für die Öffentlichkeit nicht ändern kann, und betrachtete dies als einen Fall von Missstand in der Verwaltungstätigkeit.

## **Transparenz**

Schon lange vor der Erklärung von Laeken hatten das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente, NROs sowie die Zivilgesellschaft mehr Offenheit im europäischen Beschlussfassungsprozess gefordert.

In jüngster Zeit wurden erneut Forderungen nach Öffnung der Ratstagungen für die Öffentlichkeit erhoben, insbesondere von einer Reihe britischer MdEPs verschiedener Fraktionen in einer schriftlichen Erklärung<sup>1</sup>, in der der Rat aufgefordert wird, die Grundsätze der Offenheit und Transparenz auf seine Gesetzgebungstätigkeit anzuwenden. Ebenso machte sich der britische Ratsvorsitz zum Fürsprecher einer stärkeren Transparenz, indem Herr Blair vor dem Europäischen Parlament erklärte, dass sehr viel dafür spreche, dass der Rat öffentlich gesetzgeberisch tätig sein sollte, und anregte, diesen Punkt während des britischen Ratsvorsitzes zu erörtern. Ferner untermauern öffentliche Umfragen und Erklärungen von NROs, der Zivilgesellschaft und der akademischen Welt den Wunsch der Bürger nach mehr Rechenschaftspflicht ihrer Regierungen im Hinblick auf EU-Themen.

Es ist nicht nur eine Grundsatzfrage, dass Gesetzgebungsorgane öffentlich tagen sollten, sondern dies ist auch unmittelbar für das Europäische Parlament sowie für die nationalen Parlamente in ihrer Kontrollfunktion von Bedeutung. Für die nationalen Parlamente ist es von ganz entscheidender Bedeutung, dass sie in der Lage sind, ihre Regierungen und einzelne Minister zur Verantwortung zu ziehen, was nicht wirksam geschehen kann, wenn nicht klar ist, wie die Minister im Rat agiert haben.

Die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Verfassungsvertrag haben klar gezeigt, dass die europäischen Bürger mehr Offenheit im europäischen Beschlussfassungsprozess wünschen. Öffentliche Tagungen würden die Arbeit des Rates sowohl transparenter als auch relevanter für die Bürger machen.

Die Öffnung könnte weit reichende Folgen haben und wird den Charakter des Rates tief greifend ändern. Die Minister werden sich selbst äußern und unter der direkten Kontrolle der Medien und der nationalen Parlamente diskutieren müssen. Die europäische Öffentlichkeit wird in der Lage sein, die Diskussionen über Gesetze zu verfolgen, die für sie als Bürger der Europäischen Union rechtlich bindend werden. Die nationalen Regierungen werden gezwungen werden, die von ihnen im Rat eingenommenen Standpunkte zu veröffentlichen und zu rechtfertigen. Dies wird die öffentliche Diskussion über Europafragen fördern und intensivieren und die kollektive Verantwortung der Minister unterstreichen und die

---

<sup>1</sup> Schriftliche Erklärung 0045/2005 von Chris Davies, Nigel Farage, Timothy Kirkhope, Jean Lambert und Gary Titley zum Ministerrat und zur Gesetzgebung im Geheimen.

Ehrlichkeit und Transparenz der Diskussion stärken. Die Offenheit von Ratstagungen wird auch den nächsten Schritt dabei markieren, dass der geheimen „diplomatischen“ Beschlussfassungstradition im Rat ein Ende gesetzt wird und sie der europäischen Realität geöffnet wird, in der Gesetzgebungsbeschlüsse in aller Offenheit und Transparenz gefasst werden.

## **Die Rolle des Europäischen Parlaments**

Gemäß Artikel 195 des EG-Vertrags ist der Bürgerbeauftragte befugt und verpflichtet, Fälle von Missständen in der Tätigkeit der Gemeinschaftsorgane und -institutionen festzustellen und zu untersuchen sowie gute Verwaltungspraxis zu fördern. Daher befasst sich der Sonderbericht des Bürgerbeauftragten mit der Frage der Transparenz aus einer technischen Betrachtungsweise, und der Bürgerbeauftragte ist darum bemüht zu unterstreichen, dass die von ihm untersuchte Beschwerde nicht die Gesetzgebungstätigkeit des Rates als solche, sondern die Frage betrifft, ob die Tagungen des Rates, wenn er als Gesetzgeber handelt, öffentlich sein sollten.

Der Bürgerbeauftragte ist der Auffassung, dass die Tagungen des Rates, auf denen er als Gesetzgeber tätig ist, für die Öffentlichkeit nicht offen stehen und dass die Weigerung des Rates, die Öffnung dieser Tagungen zu beschließen, einen Missstand in seiner Verwaltungstätigkeit darstellt.

Der Sonderbericht legt dar, dass keine Vertragsänderung dafür erforderlich ist, sondern lediglich eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates. Diese Geschäftsordnung ist tatsächlich nach den in Sevilla vereinbarten Reformen<sup>1</sup> geändert worden, um die Transparenz zu verstärken, und der Rat tagt nun gelegentlich teilweise öffentlich, wenn er als Gesetzgeber handelt.

Ihr Berichterstatter befürwortet die Schlussfolgerungen des Bürgerbeauftragten und hält es für unannehmbar, dass ein bedeutsames Gesetzgebungsorgan der EU nach wie vor hinter verschlossenen Türen tagt, wenn es als Gesetzgeber handelt, insbesondere in einer Zeit, wo die EU sich selbst als Förderin der Demokratisierung und Rechenschaftspflicht sieht. Sie sollte daher das praktizieren, was sie propagiert.

Ihr Berichterstatter ist der Auffassung, dass das Europäische Parlament durch seine Fachausschüsse und gemeinsam mit allen anderen Akteuren, die sich für eine verstärkte Transparenz der europäischen Regierungsführung einsetzen, den Rat so weit wie möglich unter Druck setzen sollte, damit er der Empfehlung des Bürgerbeauftragten folgt und seine Geschäftsordnung anpasst.

Die Beschwerdeführer in diesem Fall beriefen sich auch auf eine Bestimmung des Vertrags über eine Verfassung für Europa, wonach der Rat öffentlich tagt, „wenn er über Entwürfe zu Gesetzgebungsakten berät oder abstimmt“ (Artikel I-50 Absatz 2). Der Bürgerbeauftragte unterstreicht jedoch, dass sein Sonderbericht sich lediglich auf bestehende Verträge und derzeit geltendes Gemeinschaftsrecht stützt.

---

<sup>1</sup> Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes der Tagung des Europäischen Rates von Sevilla am 21. und 22. Juni 2002.

Wenn man jedoch bedenkt, dass alle EU-Regierungen den Vertrag unterzeichnet und somit dessen Artikel I-50 Absatz 2 zugestimmt haben, kann man nur schwer einsehen, warum sie sich nicht auf eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates einigen sollten, insbesondere da dies die Unterstützung von nur 13 der 25 Mitgliedstaaten erfordern würde. Ihr Berichterstatter möchte jedoch unterstreichen, dass eine solche Änderung der Geschäftsordnung nicht als Ersatz für den Verfassungsvertrag oder als ein Herauspicken von Rosinen betrachtet werden sollte, da das Europäische Parlament nach wie vor eine uneingeschränkte Umsetzung des Vertrags befürwortet. Die geforderten Änderungen sollten als eine schon längst überfällige Anpassung des Rates an die europäische Realität und das institutionelle Gleichgewicht bei der Gesetzgebung betrachtet werden.

Wenn der Rat seine Geschäftsordnung ändert, wird es auch darauf ankommen, eindeutig festzulegen, wie die öffentlichen Tagungen des Rates, auf denen er als Gesetzgeber tätig ist, in der Praxis funktionieren und welche Themen in den öffentlichen Sitzungen des Rates erörtert werden sollten, damit verhindert wird, dass die tatsächliche Diskussion auf informelle Tagungen, in den Ausschuss der Ständigen Vertreter oder sogar nach oben auf den Europäischen Rat verlagert werden und die öffentlichen Tagungen lediglich nur zur Absegnung von bereits gefassten Beschlüssen dienen. Es ist auch von wesentlicher Bedeutung, dass in der Geschäftsordnung des Rates alle Dokumentenarten unmissverständlich aufgeführt werden, die für die Vorbereitung der Tagungen des Rates verwendet werden, ebenso ihr Status und dass diese Dokumente für die Öffentlichkeit zugänglich sein sollten, damit sie alle Schritte bis zu den Legislativtagungen verfolgen kann.

Ihr Berichterstatter empfiehlt weiter, dass das Europäische Parlament darauf drängt, dass die öffentlichen Tagungen des Rates über Rundfunk, Fernsehen und Internet übertragen werden und dass offizielle Niederschriften der Legislativtagungen herausgegeben werden.